

Thomas Lemke „Die Ungleichheit ist für alle gleich“ – Michel Foucaults Analyse der neoliberalen Gouvernamentalität

Von 1970 bis zu seinem Tod 1984 hatte Michel Foucault am Collège de France eine Professur für die „Geschichte der Denksysteme“ inne. In seinen öffentlichen Vorlesungen informierte er über Ziele und Ergebnisse seiner Forschungen, präsentierte unbekanntes Material und neue begriffliche und theoretische Analyse-Instrumente. Viele der dort entwickelten Gedanken fanden später Eingang in seine Buchprojekte. Einige der vorgestellten Forschungsperspektiven wurden jedoch niemals schriftlich ausgearbeitet. Zwei der wichtigsten Vorlesungsreihen sind bis heute weitgehend unveröffentlicht: die Vorlesungen von 1978 (*Sécurité, territoire et population*) und 1979 (*La naissance de la biopolitique*).¹

Gegenstand dieser Vorlesungsreihen ist die „Genealogie des modernen Staates“.² Dabei interessierte sich Foucault allerdings weniger für die historische Rekonstruktion der Bildung

¹ In einer von Foucault autorisierten Fassung liegen nur die Vorlesung vom 1. Februar 1978 (*Die Gouvernamentalität*, in: Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hg.), *Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt am Main 2000, S. 41-67) und die von ihm besorgten Zusammenfassungen der Arbeitsergebnisse vor (*Sécurité, territoire et population* bzw. *Naissance de la biopolitique* in ders., *Dits et Écrits III*, Paris 1994, S. 719-723 und S. 818-825). Daneben gibt es eine teilweise Mitschrift der Vorlesung vom 31. Januar 1979 (*Staatsphobie*, in: Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke, *Gouvernamentalität*, S. 68-71) und eine Transkription der Vorlesung vom 25. Januar 1978 (*La population* [angefertigt von Stéphane Olivesi] in: *Mémoire de DEA de philosophie sous la direction de Monsieur P. Macherey*, Université de Paris I, Année 1991-1992, in: *Archiv Foucault: A 271*). Schließlich existiert eine (unvollständige) Übersetzung der Vorlesung von 1978 in deutscher Sprache (Michel Foucault: *Vorlesungen zur Analyse der Machtmechanismen 1978*, [Dt. Übers. v. Andreas Pribersky] in: *Der Staub und die Wolke*, Bremen 1982, S. 1-44). Als Audiokassetten sind die beiden Einführungsvorlesungen unter dem Titel „*De la gouvernamentalité*“ bei Seuil (Paris) erschienen. Aufgrund der schwierigen Materiallage stütze ich mich in meinem Beitrag vor allem auf Hörprotokolle und eigene Abschriften der Bandaufnahmen, die sich im Fonds Michel Foucault (im folgenden: FF) in Paris befinden (Dokumente C 64, 2–12 und C 67, 1-12).

Die folgenden Ausführungen sind die überarbeitete Fassung eines zuerst in der Zeitschrift *Economy & Society* erschienenen Textes: Thomas Lemke, *The Birth of Bio-Politics – Michel Foucault’s Lecture at the Collège de France on Neo-Liberal Governmentality*, in: *Economy & Society*, Vol. 30 (2001), 2, S. 190–207; vgl. auch ders., *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernamentalität*, Berlin/Hamburg 1997.

und Transformation politisch-administrativer Strukturen als für die „Entstehung eines politischen Wissens“.³ Im Rahmen seiner Untersuchung kommt dem Begriff „Regierung“ eine theoriestrategisch zentrale Bedeutung zu, er wird zum „Leitfaden“⁴ für Foucaults weitere Forschungsarbeit. Es ist ein umfassender Begriff von Regierung, der weder mit staatlichen Institutionen identisch noch auf das politische System beschränkt ist, sondern auf unterschiedliche Handlungsformen und Praxisfelder verweist, die in vielfältiger Weise auf die Lenkung und Führung von Individuen und Kollektiven zielen. Zwei Aspekte sind besonders hervorzuheben. Zum einen vermittelt dieser Begriff zwischen Macht und Subjektivität. Auf diese Weise wird es möglich zu untersuchen, wie Herrschaftstechniken sich mit „Technologien des Selbst“⁵ verknüpfen und Formen politischer Regierung auf Praktiken des „Sich-selbst-Regierens“ zurückgreifen. Zum anderen erlaubt die Problematik der Regierung eine systematische Untersuchung der von Foucault immer wieder herausgestellten engen Beziehungen zwischen Machttechniken und Wissensformen, den „Macht-Wissen-Komplexen“. Um die Kopplung von Rationalitäten und Technologien der Macht schon begrifflich zu markieren, spricht er von „Gouvernementalität“ – ein Neologismus, der Regieren (*gouverner*) und Denkweise (*mentalité*) miteinander verbindet.

Während Foucault in der Vorlesung von 1978 die Genealogie der Gouvernementalität von den antiken griechischen und römischen Führungskonzepten über das christliche Pastorat bis hin zur frühneuzeitlichen Staatsräson und Polizeywissenschaft verfolgt, steht bei der Vorlesung von 1979 die Untersuchung liberaler und neoliberaler Regierungsformen im Zentrum. Zu Beginn und am Ende skizziert Foucault darin die klassisch-liberale Regierungskunst anhand der Auseinandersetzung mit den Arbeiten von Adam Smith, David Hume und Adam Ferguson, der mittlere Teil der Analyse **ist** der neoliberalen Gouvernementalität gewidmet. Er untersucht vor allem zwei Formen des Neoliberalismus: den deutschen Nachkriegsliberalismus und dessen Weiterentwicklung und Radikalisierung im US-amerikanischen Liberalismus der Chicagoer Schule.⁶

Foucaults Konzept der Gouvernementalität hat viele sozialwissenschaftliche und historische Arbeiten inspiriert, insbesondere seine Analyse der neoliberalen Regierung stieß

² FF, Vorl. 5.3.79 und Michel Foucault, Vorlesungen (Anm. 1), S. 43.

³ Michel Foucault, *Securité* (Anm. 1), S. 719.

⁴ Ebenda, S. 719.

⁶ In einem Teil der Vorlesung vom 7.3.79 beschäftigt sich Foucault darüber hinaus mit dem französischen Neoliberalismus und der Politik unter der Präsidentschaft Giscard.

auf großes Interesse.⁷ Allerdings ist gerade dieses Material bis heute weitgehend unzugänglich und deshalb größtenteils noch immer unbekannt. Aufgrund dieser schwierigen Rezeptionslage stehen allein die theoriegeschichtliche Rekonstruktion und inhaltliche Systematisierung dieses Teils der Vorlesungsreihe im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen.

Die Ordoliberalen und das Modell Deutschland

Der deutsche Nachkriegsliberalismus wurde theoretisch formuliert und teilweise auch praktisch-politisch umgesetzt von Juristen und Ökonomen, die der Freiburger Schule oder ihrem Umkreis angehörten und in der Zeitschrift *Ordo* publizierten: Wilhelm Röpke, Walter Eucken, Franz Böhm, Alexander Rüstow, Alfred Müller-Armack u.a. Diese „Ordoliberalen“ haben die „Soziale Marktwirtschaft“ maßgeblich mitgestaltet und die Prinzipien der Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik in den ersten Jahren entscheidend mitbestimmt.⁸

Foucault weist auf eine Reihe von Fragestellungen und Erfahrungen hin, die Freiburger und Frankfurter Schule teilen. Die Gemeinsamkeiten bestehen zum einen darin, daß beide mit ihren ersten theoretischen Interventionen Mitte der zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts begannen, und zum anderen im Exil während der nationalsozialistischen Herrschaft; außerdem waren beide Theorie-Schulen Bestandteil einer politisch-universitären Problematik, welche die sozialwissenschaftliche Debatten in Deutschland Anfang des 20. Jahrhunderts beherrschte und eng mit dem Namen Max Webers verbunden war. Weber hatte die Problematik der widersprüchlichen Logik des Kapitals (Marx) durch die Analyse der irrationalen Rationalität der kapitalistischen Gesellschaft ersetzt. Dieser Schritt markierte den Ausgangspunkt sowohl für die Freiburger als auch für die Frankfurter Schule, führte jedoch zu völlig unterschiedlichen Lösungen: Die Frankfurter Schule suchte nach einer neuen sozialen Rationalität, welche die Irrationalität der kapitalistischen Ökonomie überwindet. Die Freiburger Schule wählte den umgekehrten Weg: Sie wollte die ökonomische Rationalität neu definieren, um die soziale Irrationalität des Kapitalismus zu verhindern.⁹

⁷ Für einen Überblick über die „governmentality studies“ im Anschluß an Foucault s. Mitchell Dean, *Governmentality. Power and Rule in Modern Society*, London/Thousand Oaks/New Dehli 1999 und Thomas Lemke, *Neoliberalismus, Staat und Selbsttechnologien. Ein kritischer Überblick über die governmentality studies*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 41 (2000), 1, S. 31–47.

⁸ Foucault, *Naissance* (Anm. 1), S. 823 f.

⁹ FF, Vorl. 7.2.79.

Eine weitere Parallele sieht Foucault darin, daß die Reflexion über die Gründe des Erfolgs des Nationalsozialismus in beiden Schulen von großer Bedeutung war. Aber auch in diesem Fall führte eine gemeinsame Problemstellung zu zwei völlig unterschiedlichen Antworten. Adorno, Horkheimer und andere Vertreter der Kritischen Theorie bestanden auf einer Kausalbeziehung zwischen Kapitalismus und Faschismus, für die Neoliberalen dagegen ging der Nationalsozialismus nicht auf die Fehler der Marktwirtschaft zurück, sondern war das Resultat eines fehlenden Liberalismus. Im Unterschied zur Frankfurter Schule bestand für die Freiburger Schule die entscheidende Alternative nicht im Dualismus von Kapitalismus und Sozialismus, sondern in der Differenz zwischen Liberalismus und den verschiedenen Formen von Staatsinterventionismus (Sowjetsozialismus, Nationalsozialismus, Keynesianismus), denen allen gemein sei, daß sie – wenn auch in unterschiedlichem Maße – eine Bedrohung der Freiheit darstellten.¹⁰

Die theoretische Grundlage dieser ordoliberalen Überzeugung liegt Foucault zufolge in der radikal antinaturalistischen Konzeption des Marktes und des Prinzips der Konkurrenz. Der Markt stellt darin keine natürliche ökonomische Realität dar, deren Eigengesetzlichkeiten die Regierung beachten und respektieren muß, sondern umgekehrt kann der Markt überhaupt nur kraft politischer Interventionen konstituiert und stabilisiert werden. Ähnliches gilt für die Konkurrenz. Diese bezeichnet ebensowenig wie der Markt ein universelles wirtschaftliches Faktum. Auch dieser fundamentale ökonomische Mechanismus kann nur funktionieren, wenn rechtliche Maßnahmen die Bedingungen seiner Existenz gewährleisten. Die reine Konkurrenz ist weder etwas „natürlich“ Gegebenes noch etwas, das jemals vollständig erreicht werden kann, vielmehr begründet sie ein Ziel, das eine kontinuierliche politische Intervention notwendig macht. Damit ist zugleich eine Konzeption obsolet, die zwischen einem Raum der Freiheit und dem Bereich des Staates unterscheidet. Entgegen dieser negativen Konzeption des Staates, welche die liberale Theorie im 18. und 19. Jahrhundert gekennzeichnet hatte, können in der ordoliberalen Perspektive Marktmechanismen und Konkurrenzeffekte nur dann auftreten, wenn sie von den Regierungspraktiken hervorgebracht werden: Staat und Marktwirtschaft stehen sich in dieser Vorstellung nicht gegenüber, sondern setzen einander voraus.¹¹

Foucault hebt drei wichtige strategische Bedeutungen dieses Antinaturalismus hervor:

¹⁰ FF, Vorl. 7.2.79. Vgl. Graham Burchell, *Liberal Government and Techniques of the Self*, in: *Economy & Society*, Vol. 22 (1993), 3, S. 267–282, S. 270.

¹¹ FF, Vorl. 7.2.79.

1. Seine *theoretische* Funktion besteht darin, die strikte Trennung zwischen ökonomischer Basis und politisch-rechtlichem Überbau als unangemessen erscheinen zu lassen. Diese Dichotomie sei deshalb nicht haltbar, weil die Ökonomie nicht einen Bereich mechanischer oder natürlicher Mechanismen darstelle, sondern ein soziales Feld geregelter Praktiken definiere.

2. Die *historische* Dimension des Anti-Naturalismus liegt in der Kritik und Zurückweisung einer deterministischen Geschichtskonzeption, die aus ökonomischen Transformationsprozessen des Kapitalismus gesellschaftlich-politische Veränderungen abzuleiten versucht. Für die Ordoliberalen ist die Geschichte des Kapitalismus eine ökonomisch-institutionelle Geschichte; es gibt für sie keine Monokausalität im Ablauf der Geschichte, sondern eine unaufhörliche Reziprozität: Kapitalismus ist eine „singuläre Figur“, wobei sich ökonomische Prozesse und „institutioneller Rahmen“ aufeinander beziehen und gegenseitig stützen.

3. Die *politische* Bedeutung dieser These zielt auf das Überleben des Kapitalismus. Für die Ordoliberalen gibt es keinen Kapitalismus an sich, weil es keine Logik des Kapitals gibt. Der Kapitalismus mit einem prognostizierbaren Ende aufgrund seiner widersprüchlichen Logik existiert ihnen zufolge nicht. Der historische Kapitalismus sei einer unter möglichen anderen, er ist keinesfalls das Produkt rein ökonomischer Prozesse, sondern wird von ökonomischen und institutionellen Variablen bestimmt, die verschiedene Optionen – im Sinn eines „kapitalistischen Systems“ – eröffnen. Damit rückt der Aspekt der Konstruktion in den Vordergrund: Wenn der Kapitalismus eine ökonomisch-institutionelle Gesamtheit ist, dann kann in sie eingegriffen werden, und zwar dergestalt, daß man den Kapitalismus verändert und gleichzeitig neu „erfindet“ („intervenir/inventir“). Die Ordoliberalen verabschieden sich von dem Konzept, daß die Ökonomie ein Bereich autonomer Regeln und abzuleitender Gesetze sei, und etablieren den Begriff der „Wirtschaftsordnung“, nach dem die Ökonomie Gegenstand sozialer Interventionen und politischer Regulationen ist.¹²

Diese Vorstellungen werden auch in der Auseinandersetzung der Ordoliberalen mit Positionen deutlich, die die Innovationsfähigkeit des Kapitalismus mit dem Hinweis auf die ihm eigenen Gesetzmäßigkeiten bestreiten. Sie wenden sich zum einen gegen die pessimistische Einschätzung Joseph Schumpeters, der auf die Tendenz einer zunehmenden Monopolisierung im Kapitalismus hinwies. Sie stimmen zwar mit ihm darin überein, daß die Konzentrationsentwicklung nicht auf den ökonomischen Prozeß selbst zurückführen sei,

¹² FF, Vorl. 20.2.79.

sondern seine Grundlage in den sozialen Folgen der Konkurrenz habe; aus dieser gemeinsamen Einschätzung ziehen die Ordoliberalen allerdings eine vollkommen andere Konsequenz: Gerade weil die Monopolisierung ein soziales Phänomen ist, ist sie kein unumkehrbarer, notwendiger Prozess, sondern läßt sich durch eine gestaltende Politik und die Herstellung eines entsprechenden institutionellen Rahmens verhindern. Mit anderen Worten: Die Monopolisierung ist kein unausweichliches ökonomisches Schicksal, sondern das Resultat einer gescheiterten politischen Strategie.¹³

Zum anderen richten sich die Ordoliberalen gegen die These von Werner Sombart, nach der der modernen Ökonomie eine unumkehrbare Tendenz zur uniformen „Massengesellschaft“ innewohne, in der persönliche Beziehungen verarmten und unmittelbare Gemeinschaftserfahrungen immer mehr durch anonyme gesellschaftliche Verhältnisse ersetzt würden. Die Ordoliberalen wählen auch in diesem Fall die entgegengesetzte Perspektive. Für sie ist nicht der Kapitalismus der Grund für die von Sombart aufgezeigten Probleme, verantwortlich sind vielmehr die Planungsmethoden und Bürokratieapparate, die von den Feinden des Marktsystems eingesetzt worden sind. Deshalb führe die neoliberale Regierungskunst nicht zu einer „eindimensionalen Gesellschaft“, sondern sei im Gegenteil ein wichtiges Element im Kampf gegen die Homogenisierungstendenzen einer „Massengesellschaft“.¹⁴

Folgt man der Interpretation Foucaults, dann sollen die theoretischen Anstrengungen der Ordoliberalen nach der historischen Erfahrung des Nationalsozialismus zeigen, daß sich die Irrationalitäten und Dysfunktionalitäten einer kapitalistischen Gesellschaft durch politisch-institutionelle „Erfindungen“ überwinden lassen, weil diese Probleme nicht notwendiger, sondern historisch-kontingenter Natur sind. Nach den Annahmen der Ordoliberalen hängt das Überleben des „kapitalistischen Systems“ von der politischen Kapazität ab, innovative Antworten auf mehr oder weniger zufällige strukturelle Zwänge und Blockaden zu formulieren, die integraler Bestandteil dieses Systems sind. Verkürzt gesagt wollen die Ordoliberalen demonstrieren, dass es nicht nur einen Kapitalismus mit seiner Logik, seinen Sackgassen und Widersprüchen gibt, sondern ein ökonomisch-institutionelles Ensemble, das historisch offen und politisch veränderbar ist.

Eine solche Vorstellung von Ökonomie erfordert eine „Gesellschaftspolitik“, die sich nicht auf den Transfer von Leistungen beschränkt, sondern sich durch die aktive Herstellung von

¹³ FF, Vorl. 20.2.79.

¹⁴ FF, Vorl. 14.2.79. Vgl. Colin Gordon, Question, Ethos, Event. Foucault on Kant, in: *Economy & Society*, Vol. 15 (1986), 1, S. 71-87, S. 80 f.

sozialen Bedingungen für den Markt auszeichnet. Für die Ordoliberalen hat Gesellschaftspolitik keine negative und kompensatorische Funktion, ihre Aufgabe besteht nicht darin, die destruktiven Effekte der ökonomischen Freiheit auszugleichen. Statt die anti-sozialen Folgen der Konkurrenz abzumildern, soll sie jene gesellschaftlichen Kräfte und institutionellen Formen bekämpfen, welche das „freie Spiel“ der Konkurrenzmechanismen verhindern. Ordolibérale Gesellschaftspolitik enthält deshalb zwei wesentliche Aspekte: die Universalisierung der Unternehmensform und die Redefinition des Rechts.

Der erste Aspekt besteht in der Konstitution eines sozialen Rahmens, der die Form des Unternehmens zur materialen Grundlage hat und dem Prinzip folgt, daß Ungleichheitsrelationen eine gesellschaftliche Tatsache darstellen, die alle in gleicher Weise treffe: daß „die Ungleichheit für alle gleich“¹⁵ sei. Ziel dieser politischen Strategie ist eine Vervielfachung und Ausweitung von Unternehmensformen. Gestützt wird sie durch eine „Vitalpolitik“ (Rüstow), die auf die Wiederherstellung und Reaktivierung von moralischen und kulturellen Werten zielt, die vom ökonomischen Spiel permanent bedroht werden.¹⁶

Um die Unternehmensform im Inneren der Gesellschaft zu verankern, sind weitreichende soziale Interventionen notwendig. Der zweite Aspekt der Gesellschaftspolitik umfaßt daher die Redefinition des Rechts und der juristischen Institutionen. Für die Ordoliberalen ist das Recht nicht länger ein Phänomen des Überbaus, sondern wird selbst zu einem essentiellen Teil der (ökonomisch-institutionellen) Basis und zu einem unverzichtbaren Instrument der Gesellschaftspolitik.¹⁷

Foucault weist darauf hin, daß der konstruktivistische und antinaturalistische Akzent der Ordoliberalen auf die besondere historische Situation im Nachkriegsdeutschland zurückgeht. Die Konzeption eines offenen ökonomischen Raumes, der sich nur über unablässige soziale Interventionen herstellt, diene als politische Legitimation für die gerade gegründete zweite deutsche Republik. Im Unterschied zum klassischen Liberalismus des 18. Jahrhunderts bestand für die Ordoliberalen das Problem nicht darin, wie innerhalb eines bestehenden Staates die notwendige Marktfreiheit etabliert werden kann; für sie stellte sich vielmehr die Frage, wie sich ein Staat auf der Grundlage ökonomischer Freiheit etablieren läßt, wobei diese Freiheit sowohl Begründung als auch Begrenzung des Staates sein soll. Es ging also um eine konstitutive Legitimation: Die ökonomische Freiheit produziert die Legitimität für eine

¹⁵ FF, Vorl. 14.2.79.

¹⁶ FF, Vorl. 14.2. und 21.3.79. Vgl. Colin Gordon, *The Soul of the Citizen. Max Weber and Michel Foucault on Rationality and Government*, in: Sam Whimster/Scott Lash (Hg.), *Max Weber. Rationality and Modernity*, London 1987, S. 293-316, S. 314 f.

Souveränität, wenn und insofern diese sich auf die Garantie der ökonomischen Tätigkeit beschränkt.

Das Problem der Liberalen im 18. Jahrhundert bestand darin, wie man einen bereits bestehenden Staat begrenzen und die ökonomische Freiheit einführen konnte. In Westdeutschland stellte sich nach 1945 das umgekehrte Problem, einen noch nicht existierender Staat ausgehend von einem nicht-staatlichen Raum der ökonomischen Freiheit zu entwerfen. Wenn Max Webers These in der *Protestantischen Ethik* lautete, dass im Deutschland des 16. Jahrhunderts der individuelle Reichtum als ein Zeichen göttlicher Auserwähltheit angesehen wurde, so kam in dem neu gegründeten deutschen Nachkriegsstaat dem kollektiven Reichtum eine ähnliche Rolle zu. Nach der Erfahrung des Nationalsozialismus und dem Desaster des Weltkrieges schuf der ökonomische Wohlstand aus dem Vakuum der nationalen Zerstörung eine neue politische Ordnung – und zugleich die Rechtfertigung dieser Ordnung. Der kollektive Reichtum ermöglichte einen gesellschaftlichen Konsens für einen Staat, der sich nicht mehr über eine historische Mission, sondern über ökonomisches Wachstum definierte. Die anhaltende Prosperität zeigte unmittelbar und für alle sichtbar die Legitimität eines Staates, der sich jeder transzendierenden Perspektive enthält, um allein die Regeln des ökonomischen Spiels zu garantieren. In Deutschland setzte sich eine neue Idee von Geschichte durch, die historischen Fortschritt durch ökonomisches Wachstum ersetzte – und deren wichtiges historisches Nebenprodukt das Vergessen und Annullieren der jüngsten deutschen Geschichte ist.¹⁸

Das Soziale als eine Form des Ökonomischen – Die Chicagoer Schule

Wie der Ordoliberalismus richtete sich auch der US-amerikanische Neoliberalismus der Chicagoer Schule gegen Staatsinterventionismus und -dirigismus und kritisierte im Namen der ökonomischen Freiheit das unkontrollierte Anwachsen bürokratischer Apparate und die Gefährdung individueller Rechte. Dennoch existieren tiefgreifende Differenzen zwischen

¹⁷ FF, Vorl. 20.2.79.

¹⁸ FF, Vorl. 31.1.79. Vgl. Colin Gordon, *Governmental Rationality. An Introduction*, in: Graham Burchell/Colin Gordon/Peter Miller (Hg.), *The Foucault Effect: Studies in Governmentality*, Hemel Hempstead 1991, S. 1-51, S. 41 f.

diesen beiden Versionen des Neoliberalismus, sie betreffen sowohl die Gesellschaftskonzeptionen als auch die politischen Lösungsvorschläge.¹⁹

Die Ordoliberalen gingen von der Idee einer Sozialen Marktwirtschaft aus, das heißt der Vorstellung von einem Markt, der beständig von politischen Regulierungen gestützt und von sozialen Interventionen (Wohnungsbau, Arbeitslosenunterstützung, Krankenversicherung, etc.) begleitet werden muß. Dieser Konzeption von Gesellschaftspolitik lag immer noch eine Differenz von Ökonomie und Sozialem zugrunde, die über den Unternehmensbegriff vermittelt werden sollte. Die Codierung der sozialen Existenz als „Unternehmen“ war zugleich eine Politik der Ökonomisierung des Sozialen und eine „Vitalpolitik“, welche die Negativeffekte des ökonomischen Spiels auffangen sollte. Die Unternehmensgesellschaft der Ordoliberalen zeichnete sich durch diese zentrale „Ambiguität“ aus, an der die Arbeiten des US-amerikanischen Neoliberalismus ansetzten.²⁰

Foucaults These ist, daß die Bedeutung der Chicagoer Schule in der konsequenten Ausweitung ökonomischer Formen besteht, wobei die Differenz zwischen Ökonomie und Sozialem tendenziell eliminiert wird. Dabei werden ökonomische Analyseschemata und Entscheidungskriterien auf Bereiche übertragen, die nicht oder nicht ausschließlich ökonomische sind oder sich sogar durch eine ganz andere Rationalität als eine ökonomische ausweisen. Während die westdeutschen Ordoliberalen die Idee einer Regierung der Gesellschaft im Namen der Ökonomie verfolgten, versuchten die US-amerikanischen Neoliberalen eine Neudefinition des Sozialen als eine Form des Ökonomischen. Das Modell des rational-ökonomischen Handelns dient hier als Prinzip der Begründung und Begrenzung des Regierungshandelns, wobei die Regierung selbst zu einer Art Unternehmen werden soll,

¹⁹ Foucault erwähnt in diesem Zusammenhang die strategische Bedeutung des Kolloquiums „Walter Lippmann“, das 1938 in Paris stattfand und von dem französischen Epistemologen Rougier organisiert wurde. Hier fanden sich sowohl Vertreter des deutschen Ordoliberalismus als auch Friedrich August von Hayek und Ludwig von Mises, die zu Vermittlern für den US-amerikanischen Neoliberalismus wurden (Vorl. 20.2.79). Eine zentrale Differenz zwischen dem deutschen (und französischen) Neoliberalismus auf der einen und der US-amerikanischen Variante auf der anderen Seite sieht Foucault darin, daß der Neoliberalismus in den USA weniger als in Frankreich oder Deutschland eine politische Alternative markiert, da die Kritik am Interventionsstaat dort sowohl von rechts wie von links entwickelt wird. Sie kann sich gegen das Anwachsen des behördlichen Verwaltungsapparates und staatliche Programme zur Bekämpfung der Armut, Rassentrennung etc. richten, aber auch gegen einen militaristischen und imperialistischen Staat (Vorl. 14.3.79).

²⁰ FF, Vorl. 21.3.79. Vgl. Gordon, *Governmental Rationality* (Anm. 18), S. 42.

mit der Aufgabe der Verallgemeinerung des Wettbewerbs und der Erfindung marktförmiger Handlungssysteme für Individuen, Gruppen und Institutionen.²¹

Voraussetzung für diese strategische Operation ist eine epistemologische Verschiebung, die den Gegenstandsbereich des Ökonomischen systematisch und umfassend erweitert: Die Ökonomie ist nicht mehr ein gesellschaftlicher Bereich unter anderen mit ihm eigener Rationalität, ihm eigenen Gesetzen und Instrumenten; vielmehr umfaßt das Gebiet des Ökonomischen nun die Gesamtheit menschlichen Handelns, insofern dieses durch die Allokation knapper Ressourcen zu konkurrierenden Zielen charakterisiert ist. Die Frage der Neoliberalen gilt dem Kalkül, das die Individuen dazu bringt, ihre begrenzten Mittel für ein bestimmtes Ziel (und nicht für ein anderes) einzusetzen. Im Mittelpunkt steht nicht mehr die Rekonstruktion einer (mechanischen) Logik, sondern die Analyse menschlichen Handelns, das sich durch eine ihm eigene (ökonomische) Rationalität auszeichnet. Das Ökonomische ist in dieser Perspektive nicht ein fest umrissener und klar abgegrenzter Bereich menschlicher Existenz, sondern sie umfaßt prinzipiell alle Formen menschlichen Handelns und Sichverhaltens.²²

Die Generalisierung der ökonomischen Form hat zwei wichtige Aufgaben: Erstens ist sie Analyseprinzip, indem sie nichtökonomische Bereiche und Handlungsformen mittels ökonomischer Kategorien untersucht. Zweitens besitzt das ökonomische Raster auch Programmcharakter, indem es die kritische Bewertung von Regierungspraktiken anhand von Markt Begriffen erlaubt: Es ermöglicht, sie zu prüfen und Übermaß und Mißbrauch zu beanstanden. Während der klassische Liberalismus die Regierung angehalten hat, die Form des Marktes zu respektieren, ist der Markt in dieser Konzeption nicht mehr das Prinzip der Selbstbegrenzung der Regierung, sondern das Prinzip, das sich gegen sie kehrt: „eine Art permanentes ökonomisches Tribunal“ [„une sorte de tribunal économique permanent“].²³

Foucault illustriert die Verbindung von analytischen und programmatischen Aspekten im US-amerikanischen Neoliberalismus anhand von zwei Beispielen: der Theorie des Humankapitals und der Analyse der Strafrationalität.²⁴

²¹ Foucault, Naissance (Anm. 1), S. 824. Vgl. Burchell, Liberal Government (Anm.10), S. 274.

²² FF, Vorl. 14.3.79. Vgl. Gordon, Governmental Rationality (Anm.18), S. 43.

²³ FF, Vorl. 21.3.79.

²⁴ Obwohl Foucault sich in der Vorlesung auch mit anderen Theoretikern des US-amerikanischen Neoliberalismus auseinandersetzt (Ludwig von Mises, Friedrich August von Hayek, Georges Joseph Stigler, Theodore W. Schultz u.a.), konzentriert er sich vor

Ausgangspunkt der Theorie des Humankapitals ist die Kritik an der Behandlung des Problems der Arbeit innerhalb der ökonomischen Theorie. Der klassischen politischen Ökonomie zufolge hängt die Güterproduktion von drei Faktoren ab: Boden, Kapital und Arbeit, von denen – so die Kritik der Neoliberalen – nur die ersten beiden bisher ausführlich behandelt worden sind, während der Arbeit lediglich die Rolle eines „passiven“ Produktionsfaktors zugekommen sei; sie werde neutralisiert und nur in quantitativen Begriffen oder temporären Formen wahrgenommen. Die Neoliberalen teilen ironischerweise die Marxsche Kritik an der Politischen Ökonomie, daß sie die Arbeit vergessen habe – ohne sich allerdings an seiner Analyse zu orientieren. Während die Trennung von konkreter und abstrakter Arbeit für Marx ein historisches Produkt kapitalistischer Vergesellschaftung bezeichnet, ist sie für die Neoliberalen ein kontingentes Ergebnis der ökonomischen Theorie. Ihrer Annahme zufolge ist diese Trennung kein strukturelles Problem der kapitalistischen Ökonomie, sondern ein theoretisches Defizit der Politischen Ökonomie in der Konzeptionalisierung des kapitalistischen Prozesses: ein Problem der Repräsentation. Die Kritik müsse daher nicht an der Ökonomie selbst ansetzen, sondern an der Art und Weise, den ökonomischen Prozeß zu denken. Es gehe weniger um eine andere Ökonomie, als vielmehr um eine andere Vorstellung von Ökonomie. Für die klassische Politische Ökonomie sei der Produktionsfaktor Arbeit deshalb nicht in all seinen Aspekten zu erkennen gewesen, weil sie sich bei ihrer Analyse der Produktion, der Austauschbeziehungen und der Konsumtion an mechanischen Gesetzen und quantitativen Größen orientierte. Kurzum: Für die Neoliberalen ist die abstrakte Arbeit kein Moment der kapitalistischen Produktionsweise, sondern Ergebnis der Unfähigkeit der Politischen Ökonomie, eine konkrete Analyse der Arbeit bereitzustellen.

Diese Konkretisierung bietet der Neoliberalismus mit der Theorie des Humankapitals, die nicht von objektiv-mechanischen Gesetzen, sondern von subjektiv-voluntaristischen Nutzenkalkülen ausgeht: Wie setzen die Arbeitenden die Mittel ein, über die sie verfügen? Um diese Frage beantworten zu können und die Bedeutung der Arbeit für die Arbeitenden zu untersuchen, nimmt der Neoliberalismus den subjektiven Standpunkt des Arbeiters beziehungsweise der Arbeiterin ein. Für diese stellt der Lohn – so die Annahme – keineswegs den Preis für den Verkauf der Arbeitskraft dar, sondern er repräsentiert ein Einkommen aus Kapitalbesitz. Dieses Kapital hat allerdings eine besondere Form: Denn Kompetenz, Geschicklichkeit und Wissen sind von der Person, die über diese Fähigkeiten verfügt, nicht zu trennen. Dieses „menschliche Kapital“ besteht aus zwei Komponenten: der angeborenen

allen auf die Arbeiten von Gary Becker, den er für den radikalsten Vertreter hält (vgl.

körperlich-genetischen Ausstattung und der Gesamtheit der erworbenen Fähigkeiten, Ergebnis von „Investitionen“ wie Ernährung, Erziehung und Ausbildung, aber auch Liebe, Zuwendung etc. Die Arbeitenden erscheinen in dieser Konzeption nicht mehr als abhängig Beschäftigte eines Unternehmens, sondern werden zu autonomen Unternehmern, die eigenverantwortlich Investitionsentscheidungen fällen und auf die Produktion eines Mehrwertes abzielen: Unternehmer ihrer selbst.²⁵

Die Ausrichtung an Marktkriterien zeichnet auch die Analysen der Chicagoer Schule zur Bekämpfung der Kriminalität und zu den Aufgaben der Strafjustiz aus. Die neoliberale Rationalität bricht mit dem *Homo criminalis* des 19. Jahrhunderts²⁶ und allen psychologischen, biologischen oder anthropologischen Erklärungen von Verbrechen. Für die Neoliberalen ist der Verbrecher kein psychologisch defizientes Wesen oder biologisch degeneriertes Monstrum, sondern ein nutzenmaximierender Mensch, der sich in dieser Hinsicht von anderen Menschen nicht unterscheidet. Der Verbrecher ist ein rationales Individuum, das Investitionsentscheidungen trifft, sich einen bestimmten Profit erhofft und einen Verlust riskiert. Unter der Perspektive des *Homo oeconomicus* gibt es keinen prinzipiellen Unterschied zwischen einem Mord und einem Straßenverkehrsdelikt. Die Aufgabe des Strafsystems ist es, auf ein Angebot von Verbrechen zu reagieren, und die Strafe stellt ein Mittel bereit, die negativen Externalitäten bestimmter Handlungen zu begrenzen.

Diese Objektivierung des Verbrechers als ökonomisch-rationales Individuum bedeutet allerdings keine Rückkehr zu den Positionen der frühliberalen Strafphilosophie. Während die Strafreformer des 18. und 19. Jahrhunderts von der vollständigen Eliminierung des

Vorl. 28 3.79).

²⁵ FF, Vorl. 14.3.79. Vgl. Gordon, *Governmental Rationality* (Anm. 18), S. 44. Was das Problem der gesellschaftlichen Bedeutung der Genetik und die Frage der genetischen Risiken angeht, so hält Foucault es für problematisch, die Analyse in „traditionellen Begriffen von Rassismus zu recodieren“ („de recoder cette inquietude à propos de la genetique dans les termes traditionnelles de racisme“). Vermutlich signalisiert diese kurze Bemerkung, daß Foucault die Theorie des Humankapitals insofern als Bruch mit der alten „Rassenhygiene“ ansieht, als sie den Übergang zu einer „modernisierten“ Eugenik ermöglicht, die weniger über staatlich-repressive Programme (oder Referenzbegriffe wie „Volksgesundheit“) operiert, sondern über die Entscheidungsoptionen und die Wahlmöglichkeiten von Individuen – und deren Interesse an einer produktiven Optimierung und Effektivierung ihres „biologischen Kapitals“ bzw. desjenigen ihrer Nachkommen (Vorl. 14.3.79).

²⁶ Michel Foucault, *About the Concept of the „Dangerous Individual“ in 19th Century Legal Psychiatry*, in: *International Journal of Law and Psychiatry*, Vol. 1 (1978), S. 1-18. Vgl. Pasquale Pasquino, *Criminology. The Birth of a Special Knowledge*, in: Graham

Verbrechens träumten, steht in der neoliberalen Konzeption das Verbrechen nicht mehr außerhalb des Marktes, sondern ist ein Markt wie andere auch. In dieser Strafrationalität beschränkt sich die Intervention auf den Markt des Verbrechens, wobei dem Angebot des Verbrechens durch eine negative Nachfrage begegnet werden soll, ohne daß deren Kosten jedoch die Kosten des Verbrechens überschreiten dürfen. Demzufolge erstrebt eine gute Strafpolitik nicht die endgültige Eliminierung von Verbrechen, sondern ein vorübergehendes und immer fragiles Gleichgewicht zwischen einer positiven Angebotskurve an Verbrechen und einer negativen Nachfragekurve der Sanktionen.

So pathologisch ein Individuum auch immer sein mag, es folgt nach den Vorstellungen der Neoliberalen bis zu einem bestimmten Grad immer auch rationalen Kalkülen, das heißt, es ist empfänglich für Veränderungen in der Gewinn-und-Verlust-Bilanz. Die neoliberale Strafpolitik wirkt auf das Spiel der Gewinne und Verluste ein und setzt an den Kalkulationen von Kosten und Nutzen an. Sie konzentriert sich nicht auf die Spieler, sondern auf die Spielregeln: Im Mittelpunkt steht nicht die Unterwerfung der Individuen, sondern die Steuerung ihrer Umwelt. Das neoliberale Programm zielt weder auf eine disziplinierende noch auf eine normalisierende Gesellschaft, sondern auf eine, die sich durch Kultivierung und Optimierung von Differenzen auszeichnet. In diesem Sinne ist es weder nötig noch wünschenswert, daß die Gesellschaft eine große Konformität aufweist. Das Angebot“ an Verbrechen signalisiert keine gesellschaftliche Dysfunktion, sondern zeigt im Gegenteil das optimale Funktionieren einer Gesellschaft an, die selbst noch die Höhe ihrer Verbrechensrate steuert.²⁷

Die Differenz zwischen dem klassischen Liberalismus und dem Neoliberalismus des 20. Jahrhunderts besteht Foucault zufolge vor allem in zwei Punkten. Das erste Unterscheidungskriterium ist die *Neudefinition des Verhältnisses von Staat und Ökonomie*. Die neoliberale Konzeption dreht die frühliberale Konfiguration um, die durch die Erfahrung eines übermächtigen absolutistischen Staat geprägt war. Anders als in der klassisch-liberalen Rationalität definiert und überwacht der Staat nicht länger die Marktfreiheit, sondern der Markt wird selbst zum organisierenden und regulierenden Prinzip des Staates. In dieser Perspektive handelt es sich eher um einen Staat unter Kontrolle des Marktes als um einen Markt unter Aufsicht des Staates. Der Neoliberalismus ersetzt ein begrenzendes, äußerliches

Burchell/Colin Gordon/Peter Miller (Hg.), *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*, Hemel Hempstead 1991, S. 235-250.

²⁷ FF, Vorl. 21.3.79.

durch ein regulatorisches, inneres Prinzip: Die Form des Marktes ist Organisationsprinzip des Staates und der Gesellschaft.²⁸

Der zweite Unterschied besteht in der *Differenz der Grundlage des Regierens*. Das neoliberale Denken hat einen zentralen Referenz- und Stützpunkt: den *Homo oeconomicus*. Die Codierung des Sozialen als eine Form des Ökonomischen erlaubt die Anwendung von Kosten-Nutzen-Rechnungen und Marktkriterien auf Entscheidungsprozesse in Familie, Ehe, Beruf etc. Das ökonomisch-rational kalkulierende Individuum der neoliberalen Theorie entspricht jedoch nicht dem *Homo oeconomicus* in den Konzeptionen des 18. Jahrhunderts. In der klassisch-liberalen Vorstellung ist die individuelle Freiheit technische Bedingung einer rationalen Regierung, und die Regierung kann sie nicht einschränken, ohne ihre eigene Grundlage zu gefährden. Zwar bindet auch der Neoliberalismus die Rationalität der Regierung an das rationale Handeln der Individuen; sein Bezugspunkt ist jedoch nicht mehr eine gegebene menschliche Natur, sondern ein künstlich hergestellter Verhaltensstil. Der Neoliberalismus sucht das rationale Prinzip für die Regulierung und Begrenzung des Regierungshandelns nicht mehr in der natürlichen Freiheit, die es zu respektieren gilt, sondern findet es in einer künstlich arrangierten Freiheit, in dem unternehmerischen und konkurrierenden Verhalten der ökonomisch-rationalen Individuen. Bildete der *Homo oeconomicus* in der klassischen liberalen Konzeption äußere Grenze und unantastbaren Kern des Regierungshandelns, so wird er im neoliberalen Denken der Chicagoer Schule zu einem behavioristisch manipulierbaren Wesen und Korrelat einer Gouvernementalität, die systematisch die Variablen des „Milieus“ verändert und mit der „rationalen Wahl“ der Individuen rechnet.²⁹

²⁸ FF, Vorl. 31.1. und 7.2.79.

²⁹ FF, Vorl. 28.3.79. Vgl. Gordon, *Governmental Rationality* (Anm. 18), S. 43; Graham Burchell, *Peculiar Interests. Civil Society and „Governing the System of Natural Liberty“*, in: Graham Burchell/Colin Gordon/Peter Miller (Hg.), *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*, Hemel Hempstead 1991, 119-150; Nikolas Rose, *The Powers of Freedom. Reframing Political Thought*, Cambridge 1999.

Die Differenz in der Grundlage des Regierens zwischen Liberalismus und Neoliberalismus ist allerdings selbst keine abstrakte Verschiebung, sondern das Produkt einer historischen Transformation der Gouvernementalität, die auf der Kontinuität liberaler Prinzipien unter veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen beruht: „Against the background of conditions in which the great nineteenth- and twentieth-century social policy regimes were set in place, many governmental programmes now repudiated by neo-liberalism could plausibly be represented as promoting autonomy. Against a very different contemporary background in which, at least in the more advanced Western societies, the existence of a suitably calculable population is easily taken for granted, these same programmes can be seen as undermining autonomy. Neo-liberalism is a liberal response to the achievements of

Eine sozialistische Gouvernamentalität?

Es ist wichtig, daran zu erinnern, daß Foucault seine Vorlesungen *vor* den Wahlerfolgen Margaret Thatchers in Großbritannien und Ronald Reagans in den USA hielt. Deren politischer Erfolg beruhte darauf, Elemente der rechten und linken Staatskritik aufzugreifen und sie innerhalb eines Programms zu reartikulieren, das auf eine „Ökonomisierung des Sozialen“ zielte. Foucault sah in dem Aufkommen neoliberaler Politiken eine Antwort auf diese „Krise des allgemeinen Dispositivs der Regierung“ – und die Suche nach einer neuen Gouvernamentalität.³⁰

Obwohl sich Foucault in der Vorlesung von 1979 ausschließlich mit liberalen und neoliberalen Theorien beschäftigt hat, erörterte er an einer Stelle auch die Frage einer „sozialistischen Gouvernamentalität“. Foucaults Kritik richtete sich auf den historischen Realsozialismus, der sich vieler Elemente der liberalen Gouvernamentalität bedient habe, ohne jedoch eine eigenständige Form der Regierung zu entwickeln. Die ständige Frage nach dem „wahren“ Sozialismus illustrierte dieses Problem in voller Schärfe: Wenn man an den Sozialismus permanent die Frage der Wahrheit richte, so zeige dies vor allem, daß er über keine autonome Gouvernamentalität verfüge (niemand spreche von einem „realen Liberalismus“). Nach Foucaults Ansicht wird das Problem der Rationalität der Regierung im „Realsozialismus“ durch die Frage der Beziehung zu und der Übereinstimmung mit Texten ersetzt. Die Bedeutung der Doktrin und die Kanonisierung der Theorie im Sozialismus zeige, daß es keine eigenständige sozialistische Gouvernamentalität gebe. In Hinblick auf den Realsozialismus müsse man daher nicht die Frage stellen, auf welche Texte er sich bezieht und welche er verrät, ob er richtig oder falsch sei, sondern: Welche Gouvernamentalität liegt ihm zugrunde und leitet ihn an? Foucaults Fazit: Eine sozialistische Gouvernamentalität läßt sich nicht aus abstrakten Texten ableiten, sondern bleibt in der historischen Realität zu „erfinden“.³¹

Wenig später hatte Foucault tatsächlich die Hoffnung auf eine „linke“ Form der Regierung, die – folgt man seiner Kritik am System der sozialen Sicherheit³² – Sicherheit und Autonomie miteinander verbinden sollte und sich damit markant vom neoliberalen Modell unterscheidet. In dem Wahlsieg von Mitterrand bei der Präsidentschaftswahl von 1981 und dem

the liberal mode of government“. Barry Hindess, *Liberalism, Socialism and Democracy. Variations on a Governmental Theme*, in: *Economy & Society*, Vol. 22 (1993), 3, S. 300-313, S. 311.

³⁰ FF, Vorl. 24.1.79. Vgl. Michel Foucault, *Manières de justice*, in: ders. *Dits et Écrits III*, Paris 1994, S. 755-759.

³¹ FF, Vorl. 31.1.79.

³² Michel Foucault, *Un système fini face à une demande infinie*, in: ders., *Dits et Écrits IV*, Paris 1994, S. 367-383; ders., *Crise de la médecine ou crise de l'antimédecine?*, in: ders., *Dits et Écrits III*, Paris 1994, S. 40-58, S. 55-58.

gemeinsamen Programm von Sozialisten und Kommunisten sah er ein Indiz für eine „linke Logik in der Art des Regierens“ (une logique de gauche dans la façon de gouverner)³³ – eine Hoffnung, die sich freilich wenig später als verfrüht herausstellen sollte.

³³ Michel Foucault, *Est-il donc important de penser?*, in: ders., *Dits et Écrits IV*, Paris 1994, S. 178-182, S. 179. Vgl. Tom Keenan, *Foucault on Government*, in: *Philosophy and Social Criticism*, Vol. 1 (1982), S. 35-40.